

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 029/2008 (STK/LA)

Interpellation FdP-Fraktion: Flut von Richtlinien und Weisungen (12.03.2008)

Unlängst hat der Regierungsrat mit neuen Richtlinien zum Umgang mit Fragen der Religion in Schule und Ausbildung auf sich aufmerksam gemacht. Schulleiter werden mit ständigen neuen Weisungen überhäuft. Die Gemeinden wurden z.b. am Rande einer Weiterbildungstagung auf das neue Rechnungsmodell HRM 2 aufmerksam gemacht. Nun werden die Finanzverwaltungen der Einwohnergemeinden bereits mit neuen Vorschriften zum Anhang bei der Jahresrechnung im Hinblick auf den Rechnungsabschluss 2008 konfrontiert. Teilweise sind die Fristen zur Umsetzung sehr kurz angesetzt, ohne auf die demokratischen Abläufe in den Gemeinden Rücksicht zu nehmen (Budget- und Rechnungsgemeindeversammlungen). Wir bitten die Regierung deshalb um die Beantwortung einiger Fragen:

1. Der Staat ist rechtlich nach klaren Prinzipien aufgebaut, d.h. an oberster Stelle steht die Verfassung, auf ihr basierend wird ein Gesetz geschaffen, welches die Grundzüge einer kantonal einheitlichen Materie regelt, und die Details stehen in einer Verordnung. Trifft diese Aufbauannahme auch für den Kanton Solothurn zu, oder werden teilweise Verordnungen in Form von Richtlinien und Weisungen umgangen?
2. Erachtet die Regierung alle publizierten Weisungen und Richtlinien als zweckmässig und stufengerecht?
3. Wie verbindlich sind Richtlinien und Weisungen und worauf beruht ihre Verbindlichkeit?
4. Wie kann die Flut von Richtlinien spürbar eingedämmt werden?
5. Wie kann der Zeitpunkt des Anordnens mittels Richtlinien und Weisungen besser koordiniert werden?
6. Wie können Kommunikationspannen wirksam verhindert werden (Beispiele: «Grosi-Lizenz». Richtlinien für den Umgang mit Fragen zur Religion in Schule und Ausbildung)?
7. Wollen Kanton und Bund die Milizarbeit systematisch verhindern? (Beispiele: Rechnungslegung, Vormundschaftsrecht, Revisionen, Registerharmonisierung in der Einwohnerkontrolle etc.).
8. Ist es richtig, ohne Konsultation der Gemeinden, das neue Rechnungsmodell HRM 2 flächendeckend einzuführen?
9. Welche Zusatzkosten würden verursacht, wenn die Gemeinden ihre Verwaltungstätigkeit auf das Niveau des Kantons anheben würden?
10. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um die Eigendynamik einzelner Amtsstellen zu begrenzen?

Begründung (12.03.2008): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Verena Meyer, 2. Claude Belart, 3. Remo Ankli, Enzo Cessotto, Annekäthi Schluemp, Christian Thalmann, Reinhold Dörfli, Christina Meier, Hubert Bläsi, Rosmarie Heiniger, Yves Derendinger, Peter Müller, Andreas Schibli, Ernst Zingg, Heinz Bucher, Irene Froelicher,

Markus Grütter, François Scheidegger, Thomas Roppel, Beat Loosli, Beat Wildi, Kurt Henzi, Robert Hess, Peter Brügger, Andreas Gasche. (25)